

UZ-Debatte zur Einschätzung der gegenwärtigen Krise UZ vom 23. August 2013

Antwort auf Fred Schmid

Jürgen Lloyd

Fred Schmid (...) zeigt sich unzufrieden mit der vom letzten Parteitag beschlossenen Bestimmung des Charakters der Krise. Worin seine Unzufriedenheit begründet ist, das ist aber gar nicht so einfach seinem Beitrag zu entnehmen. Die Feststellung unseres Parteitags, die Ursache der Krise sei im Wesen des Kapitalismus und seiner inneren Widersprüche begründet, kommentiert er, dies „wissen wir spätestens seit Karl Marx“. Mal abgesehen davon, dass diese Erkenntnis nicht „spätestens“ mit Karl Marx aufgetaucht ist, sondern es gerade dessen genuine Leistung war, mit der Analyse der Widersprüche des Kapitalismus auch die Natur der Krisen im Kapitalismus auf den Begriff gebracht zu haben, fällt es schwer, diesen Kommentar von Schmid als Kritik zu verstehen. Also schön, wenn Fred Schmid, unser Parteitag und Karl Marx sich in diesem Punkt einig sind.

Bemängelt werden fünf Aspekte, die im Beschluss des Parteitags fehlen würden obwohl „es gerade hier spannend zu werden“ begänne. Schmid erwähnt das Aufblähen der Finanzsphäre und wie sich dies krisenverstärkend auswirken kann. Genau dies ist jedoch im beschlossenen Änderungsantrag – nicht jedoch im ursprünglichen Entwurf des Parteivorstandes – benannt. Er nennt weitere Punkte, die sich seiner Meinung nach „gelohnt hätten, sie zu analysieren oder in einer Definition wenigstens anzudeuten“. Und er hat Recht: Weitergehende Analysen sind lohnenswert und notwendig. Aber die müssen nun mal auf einem Fundament aufsetzen und dass der beschlossene Text unseres Parteitags kein dafür taugliches Fundament sei, dafür kann ich in Fred Schmid's Beitrag keinerlei Begründung finden. (...)

In der Begründung des Abänderungsantrags, der den beschlossenen Text zur Einschätzung der Krise enthält, wird betont, dass die Krisenanalyse als Grundlage unseres Handelns dienen soll. Um diesen Zweck zu erfüllen, sei es wichtig, „gleichermaßen das im Kapitalismus und seinen Widersprüchen liegende Wesen der Krise zu bezeichnen als auch ihre vielfältigen Ausdrucksformen, die alle Bereiche der bürgerlichen Gesellschaft betreffen“. Die empfohlene Formulierung des alten Parteivorstandes („Vieles deutet darauf hin, dass es sich bei der augenblicklichen Krise aller Wahrscheinlichkeit nach um eine Übergangs- oder Große Krise handelt.“) war dazu meiner Meinung nach aber nicht geeignet. Den Grund hierin sehe ich in der Unbestimmtheit der verwendeten Begriffe. So war nicht geklärt, von wo nach wo ein „Übergang“ ansteht. Und weil bei der Bezeichnung „Große“ nicht die Qualität bestimmt war, also nicht bestimmt war, was das „Große“ an der Krise ausmacht, wurde es in der Realität unserer Partei auch höchst unterschiedlich ausgelegt. Beate Landefeld hat in ihrem UZ-Beitrag vom 2.8. klargestellt, dass die aufgebauten Ungleichgewichte sich durch eine „normale“ zyklische Krise nicht mehr abbauen lassen und dass daher die Qualität komme, die die Bezeichnung „große Krise“ rechtfertigt. Dem kann ich zustimmen. Der Parteitag hat ja auch eine Formulierung beschlossen, die eine „besonders heftige“ zyklische Überproduktionskrise als eine Form bestimmt, in der die Krise sich zeigt und nicht – wie manchmal verfälschend wiedergegeben wird – diese Form zum Wesen der aktuellen Krise erklärt. Unter der Bezeichnung „Große Krise“ wurde aber auch ein grundsätzlich anderes Verständnis gehandelt, als das von Beate beschriebene. So scheint in verschiedenen Äußerungen aus dem Kreis des isw die qualitative Bestimmung des „Großen“ an dieser Krise darin gegeben, dass sie (auch) den Bereich des Politischen umfasst. (So z. B. Leo Mayer in einem Referat über Euro-Krise und Rechtspopulismus „Die Staatsverschuldung ist Ergebnis von drei Jahrzehnten neoliberaler

Politik und die Krise ist das Resultat.“ Oder Walter Listl, der in einem Beitrag zu den „Bedingungen einer Transformation des neoliberalen Kapitalismus“ von den Krisen „der Banken, der Staatsfinanzen, der Realökonomie“ spricht und sie als Folge einer weiteren, nämlich einer Überakkumulationskrise, bezeichnet.) Die Gefahr hierbei sehe ich in einem Verkennen des Verhältnisses von Ökonomie und Politik. Daraus wird dann das, wovor Lucas Zeise in seinem Beitrag vom 19.7. zu Recht gewarnt hat: „Eine derartige ökonomische Krise ist zugleich (*Hervorhebung JL*) eine politische Krise. (...) Es ist nicht sinnvoll, hier von einer Vielfalt verschiedener Krisen (des politischen Systems, der bürgerlichen Demokratie, der Staatsfinanzen etc.) zu sprechen.“ Denn aus dem Bild der Mehrzahl von Krisen wird das Bild von getrennt existenten und getrennt zu bearbeitenden Feldern der Krisenbewältigung. Uns demgegenüber die praktische Bedeutung der Aussagen von Marx und Engels zum Verhältnis von Basis und Überbau zu vergegenwärtigen, scheint mir lohnenswert. Im Anti-Dühring schreibt Engels, dass „die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnittes in letzter Instanz zu erklären sind“ (1). Und Marx führt in MEW. Bd. 26.1 aus, dass Staatswesen und die geistige Anschauung der Menschen durch die bestimmte Form der materiellen Produktion und der sich daraus ergebenden Gliederung der Gesellschaft bestimmt seien (2). Ich leite daraus die Unmöglichkeit eines Kampfes auf einer isoliert verstandenen Ebene von Politik oder Kultur ab. Das mag unterschiedlich gesehen werden. Lasst uns also darüber streiten und gemeinsam nach besserer Erkenntnis suchen! Dazu sollten aber diese Streitpunkte auch offen und verständlich für die ganze Partei benannt werden. Dazu hilft es nicht weiter, wenn der Streit in der Frage gesucht wird, ob die vom Parteitag beschlossene Einschätzung ein Mehr an „neuen Einsichten und Erkenntnissen über die heutigen Krisenprozesse“ bringt oder nicht. Mehr für die Praxis unserer Partei verwendbare Einsicht, als die Aussage, dass es sich bei der Krise „aller Wahrscheinlichkeit nach um eine Übergangs- oder Große Krise handelt“ bietet die nun beschlossene Formulierung meines Erachtens schon. Und zur Schlussbemerkung von Fred Schmid in seinem Beitrag noch eine Antwort: Beschlüsse unseres Parteitags beanspruchen keine Unfehlbarkeit. Kritik und Diskussion sind stets geeignet, uns gemeinsam weiter zu bringen. Aber lasst uns damit Schluss machen, den Parteitagsdelegierten Unmündigkeit zu unterstellen!

(1) MEW, Bd. 20, S. 25

(2) „Theorien über den Mehrwert“, MEW, Bd. 26.1, S. 257